

az

GRENCHEN

KANTON SOLOTHURN UND REGION GRENCHEN



Das Dach rinnt. Charles Huber senior (links) und junior sind am Flickern. Sie wollen nicht auf den Standplatz Flumenthal umziehen, sondern in Rüttenen bleiben.

UBJ

«Kein menschenwürdiger Platz»

Standplatz für Schweizer Fahrende Familie Huber aus Rüttenen will nicht umziehen

VON URS BYLAND

Gestern überschlugen sich die Meldungen im Zusammenhang mit dem Standplatz für Schweizer Fahrende auf dem Gemeindegebiet von Flumenthal nahe Deitingen. Am Morgen meldete das Regionaljournal Aargau-Solothurn SRF alles sei paletti. Nach einer jahrelangen Auseinandersetzung hätten letzte klärende Gespräche mit den Fahrenden stattgefunden. Man habe sich geeinigt und der Kanton erhalte seinen ersten Standplatz für Schweizer Fahrende. Auf dem Platz können maximal 6 Wohnwagen platziert werden. Es hat Wasser- und Stromanschlüsse. Das ehemalige Betriebsgebäude der Kläranlage könnten die Fahrenden als Werkstatt mieten.

Das ist nur ein Teil der Wahrheit. In einer Stellungnahme lehnte gestern Mittag die Radgenossenschaft der Landstrasse das Projekt Standplatz in Flumenthal ab.

Zu wenig Lebensqualität

Das Projekt biete keine zumutbare Lösung für die Familie Huber, welche seit 28 Jahren in Rüttenen lebt, dort integriert sei, aber nun weg solle. Zudem erfülle das Projekt mit vier bis sechs Standplätzen im Bereich von Gefängnis, Hochspannungsleitung und Autobahn plus Asylzentrum keineswegs die Anforderungen an einen Standplatz, der minimale Standards an Lebensqualität erfüllen müsse.

«Ursprünglich war vom Platz nördlich der ARA die Rede. Nun plant der Kanton dort das Flüchtlingszentrum und die Schweizer Fahrenden müssen südlich ihre Gefährte aufstellen», berichtet Daniel Huber (nicht verwandt mit der Familie Huber aus Rüttenen). Er ist Präsident der Radgenossenschaft Landstrasse, die die Schweizer Fahrenden vertritt. Diese Platzierung sei ihm nochmals letzte Woche von Baudirektor Roland Fürst mitgeteilt worden. «Ich bin erschrocken, als ich diesen Platz inspizierte. Der Platz ist nicht menschenwürdig. Nur wenige Meter von der Auto-

RADGENOSSENSCHAFT
LANDSTRASSE

Vorschläge für eine Lösung

Die Radgenossenschaft schlägt dem Kanton vor, die Familie Huber an ihrem bisherigen Standort zu lassen, indem auf dem Areal, auf dem sich die Familie schon befindet, offizielle Standplätze geschaffen werden. Das Areal müsse nur in den Status von Standplätzen erhoben werden. Andernfalls soll der Kanton seiner Pflicht, Standplätze zu schaffen, die minimale Standards hinsichtlich eines menschenwürdigen Lebens erfüllen, nachkommen und in der Gemeinde Flumenthal das ursprünglich einmal zur Diskussion gestellte Areal am Fluss dafür in Betracht ziehen. «Wir sind sicher, dass in einer Volksabstimmung sich eine Mehrheit der Bevölkerung in der heutigen Situation für diese Lösung gewinnen liesse.»



bahn entfernt versteht man kein Wort. Die Hochspannungsleitung führt knapp am Platz vorbei, eine Justizvollzugsanstalt in der Nachbarschaft und dann noch das Flüchtlingszentrum auf dem Platz, der zuerst als Standplatz vorgesehen war.» Fürst habe von einer Einigung mit dem aktuell in Rüttenen wohnenden Fahrenden gesprochen. «Das stimmt nicht», so Daniel Huber.

«Wir fühlen uns verarscht»

Charles Huber senior ist in Rüttenen auf seinem Stellplatz mit seinem Sohn anzutreffen. Sie sind verärgert. «In einem ersten Gespräch Anfang Jahr hatten wir uns schon bereit erklärt, auf dem Platz südlich der ARA unseren Stellplatz einzurichten», berichtet er. Und zwar an der Stelle, die am weitesten von der Hochspannungsleitung entfernt ist. Er sei aber davon ausgegangen, dass niemand zusätzlich auf den 1000 Quadratmetern platziert werde.

Als klar wurde, dass weitere Stellplätze vom Kanton auf dem Grundstück angeboten werden sollen, «haben wir gesagt, dass man dann auf die nördliche Seite der ARA ausweichen müsste, auf den Platz, wo nun plötzlich das Flüchtlingszentrum geplant ist. Der nördliche Platz wurde uns vom Kanton versprochen». Er und sein Sohn fühlen sich nun verarscht. «Auf die 1000 Quadratmeter bringt man nicht vier bis sechs Einheiten zusammen. Aber darum geht es nicht mal, auch nicht um das

Flüchtlingszentrum. Die Bedingungen sind hier mit der Hochspannungsleitung und der Autobahn 30 Meter neben dem Grundstück menschenfeindlich», sagt Charles Huber junior. Für die Familie Huber ist klar: «Wir werden nicht nach Flumenthal umziehen.» Dies, obwohl mit dem Abbau der bisherigen Unterkünfte bereits gestartet wurde. «Wir haben uns wirklich gefreut», erklärt Charles Huber senior. «Aber nun bleiben wir hier.»

Rolf Glünkin vom kantonalen Amt für Raumplanung bestätigt die Gespräche. «Wir waren uns einig. Doch dann erklärte Charles Huber vor den Sommerferien sur Place, dass seine Familie nicht auf den Platz südlich der ARA umziehen werde, dies wegen der Hochspannungsleitung.» Der Kanton habe nochmals das Gespräch mit der Radgenossenschaft gesucht, die sich letzte Woche aber ebenfalls gegen den Platz ausgesprochen habe. «Wir haben aber der Familie Huber nie versprochen, dass sie den Platz nördlich der ARA haben kann», hält Glünkin fest.

Minimale Standards nicht erfüllt

In ihrer gestrigen Stellungnahme schreibt die Radgenossenschaft weiter, der Kanton Solothurn sei besonders in der Pflicht, einerseits weil er mit der Bereitstellung von geeignetem Lebensraum für Schweizer Fahrende in Verzug ist. «Andererseits weil er eine besondere Verpflichtung hat aufgrund der belastenden Aktivitäten des damaligen Seraphischen Liebeswerkes im Bereich Kindswegnahme und Versorgung.» Gemäss Standards, welche der Bund derzeit ausarbeite, soll ein solcher Platz für Schweizer Fahrende Raum für 8 bis 12 Wagen bieten, 2500 bis 3000 Quadratmeter umfassen und eine Reihe minimaler Anforderungen erfüllen. Dazu gehören Lärmstandards, Sicherheitsstandards und Anforderungen an geeignete Schulwege. Das Projekt Flumenthal mit seinen 1000 Quadratmetern und namentlich der Hochspannungsanlage erfülle alle diese Anforderungen nicht.

Volksauftrag

Justizkommission ist gegen Volkswahl der Oberrichter

Im Kanton Solothurn sollen die Oberrichter weiterhin vom Parlament und nicht vom Volk gewählt werden. Die kantonsrätliche Justizkommission lehnt die in einem Volksauftrag geforderte Änderung der Kantonsverfassung ab. Die Justiz solle «nicht verpolitisiert» werden, so die Kommission. Das geltende System habe sich bewährt: Der Kantonsrat wähle die Oberrichterinnen und Oberrichter. Die Mitglieder des Parlamentes seien vom Volk gewählt.

Im Oktober hatte Paul Sahli aus Losdorf den Volksauftrag «Für die Volkswahl der Oberrichter und Oberrichterinnen» bei der Staatskanzlei eingereicht. Der Auftrag zählte 137 beglaubigte Unterschriften. Das Obergericht richte sich bei seiner Rechtsprechung nicht am Wohl der Bürger aus, sondern am Wohl der Verwaltung, hiess es in der Begründung. Man habe «genug von dieser bürgerfeindlichen Justiz des Obergerichtes».

Mit einem Volksauftrag haben 100 Solothurner Stimmberechtigte gemäss der Kantonsverfassung das Recht, dem Kantonsrat schriftlich einen Antrag zu unterbreiten. (SDA)

Inkwilersee

Momentan ist der Sauerstoffgehalt im grünen Bereich

Der Inkwilersee wird weiterhin kritisch beobachtet und täglich wird in ihm die Sauerstoffkonzentration gemessen. Vorletztes Wochenende mussten Sofortmassnahmen eingeleitet werden, nachdem die Sauerstoffkonzentration unter 1 mg/l fiel. Es drohte ein Fischsterben. Deshalb wurde Frischwasser in den See geleitet. Die Messung von gestern Morgen am Steg auf der Westseite des Inkwilersees zeigte eine Sauerstoffkonzentration von 5.30 mg/l. Auch die Fischbeobachtung von gestern Morgen zeigte den Verantwortlichen, dass sich die Lage stabilisiert hat. «Die Verhältnisse sind den Umständen entsprechend gut», erklärt Philipp Stauer, Abteilungsleiter Wasser im Amt für Umwelt. (RM)

Wahlen 2015

Parteichefs kreuzen heute die Klingen im «TalkTäglich»

Die Nationalratswahlen versprechen Hochspannung im Solothurnischen. Der Kanton wird künftig nur noch sechs statt wie bisher sieben Sitze in der grossen Kammer haben. Und weil alle sieben Bisherigen wieder antreten, verliert mindestens einer seinen Sitz. Wen trifft es? Über diese und andere aktuellen Fragen diskutieren die Kantonalpräsidenten der vier in Bundesbern vertretenen Parteien heute Abend im «TalkTäglich» auf Tele M1. Franziska Roth (SP), Silvio Jeker (SVP), Christian Scheuermeyer (FDP) und Sandra Kolly (CVP) sind zu Gast bei Stefan Schmid, Ressortleiter Inland dieser Zeitung. (SZR)

«TalkTäglich» auf Tele M1. Moderation: Stefan Schmid. Heute Dienstag ab 18.30 Uhr (stündliche Wiederholung).